

Geschäftsverteilungsplan  
2007

Stand 2. Juli 2007

Bundesfinanzhof



<b><u>A. SACHLICHE ZUSTÄNDIGKEIT DER SENATE.....</u></b>	<b><u>3</u></b>
I. Senat.....	3
II. Senat.....	5
III. Senat.....	6
IV. Senat.....	7
V. Senat.....	8
VI. Senat.....	9
VII. Senat.....	10
VIII. Senat.....	11
IX. Senat.....	12
X. Senat.....	13
XI. Senat.....	14
Großer Senat.....	15
Ergänzende Regelungen.....	16
<b><u>B. BESETZUNG DER SENATE MIT VERTRETUNGSREGELUNG.....</u></b>	<b><u>21</u></b>
I. Senat.....	21
II. Senat.....	22
III. Senat.....	23
IV. Senat.....	24
V. Senat.....	25
VI. Senat.....	26
VII. Senat.....	27
VIII. Senat.....	28
IX. Senat.....	29
X. Senat.....	30
XI. Senat.....	31
Großer Senat.....	32
<b><u>C. GEMEINSAMER SENAT DER OBERSTEN GERICHTSHÖFE DES BUNDES (2007/2008).....</u></b>	<b><u>35</u></b>
<b><u>D. AUFLEGUNG DES GESCHÄFTSVERTEILUNGSPLANS.....</u></b>	<b><u>36</u></b>

## A. Sachliche Zuständigkeit der Senate

### I. Senat

1. Körperschaftsteuer und Feststellungen gemäß § 47 in der bis 31.12.2000 geltenden Fassung des KStG, §§ 27, 28, 36 und 38 in der ab 1.1.2001 geltenden Fassung des KStG sowie Haftung gemäß § 27 Abs. 5 in der ab 1.1.2001 geltenden Fassung des KStG.
2. Vergütungen von Körperschaftsteuer gemäß §§ 36b bis 36e EStG sowie Verwaltungsakte, zu denen Fragen der § 20 Abs. 1 Nr. 3 / § 36 Abs. 2 Nr. 3 EStG a.F., § 5 Abs. 3 / § 12 UmwStG 1977, § 4 Abs. 5 / § 10 UmwStG 1995/2002 streitig sind.
3. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer) und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a und b, Abs. 2 AO, betreffend
  - a) die Anwendung des Sechsten Teils des UmwStG 1977 (§§ 20 - 23), des Achten (§§ 20 - 23), des Zehnten (§ 25) und des Elften (§ 26 Abs. 2) Teils des UmwStG 1995/2002, bzw. des Sechsten (§§ 20 - 23), des Achten (§ 25) und des Neunten (§ 26) Teils des UmwStG 2002 i.d. Fassung des SEStEG,
  - b) die Anwendung des DMBilG,
  - c) den Verlustabzug für ausländische Einkünfte nach § 2a Abs. 3 und 4 EStG, § 2 AIG,
  - d) die beschränkte Steuerpflicht, einschließlich Fälle des § 1 Abs. 3 sowie des § 1a EStG, das Außensteuergesetz, die §§ 34c, 34d EStG und/oder die Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen,
  - e) Tarifvorschrift gemäß § 32b Abs. 1 Nr. 2 EStG,
  - f) § 8a Abs. 5 und § 8b Abs. 6 KStG,auch soweit daneben noch andere Fragen streitig sind.
4. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i.S. der Nummern 1, 2 und 3 Buchst. a bis d, f.
5. § 9 Nr. 7 und § 12 Abs. 3 Nr. 4 GewStG.
6. Einheitliche und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 5 AO.
7. Steuerabzug vom Kapitalertrag (einschließlich Pauschsteuer gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer und

Zinsabschlagsteuer) und Erstattung der Kapitalertragssteuer gemäß §§ 44b und 44c EStG, einschließlich der §§ 50g und 50h EStG.

8. Steuerabzug nach §§ 48 bis 48d EStG.
9. Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen gemäß § 50a EStG.
10. Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen gemäß § 18 AStG.
11. Kapitalverkehrsteuern.
12. Kirchensteuer, mit Ausnahme der Haftungsfälle, für die der VII. Senat zuständig ist.
13. Allgemeines Abgabenrecht, soweit eine Steuerstreitigkeit
  - a) die Auskunfterteilung nach Maßgabe eines Rechtshilfe-, Amtshilfe- oder Doppelbesteuerungsabkommens, des § 117 AO und/oder des EG-Amtshilfe-Gesetzes oder
  - b) die Weitergabe von Informationen an ausländische Behörden oder Gerichte oder deren Unterlassung betrifft.

## **II. Senat**

1. Einheitsbewertung und Bodenschätzung.
2. Gesonderte Feststellungen nach § 151 Abs. 1 BewG.
3. Erbschaft- und Schenkungsteuer.
4. Grunderwerbsteuer.
5. Vermögensteuer.
6. Gesonderte und einheitliche Feststellungen nach § 180 Abs. 1 Nr. 3 AO.
7. Grundsteuer.
8. Rennwett- und Lotteriesteuer.
9. Versicherungsteuer.
10. Feuerschutzsteuer.
11. Wechselsteuer.
12. Spielbankabgabe.
13. Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern.
14. Lastenausgleichsabgaben.

### III. Senat

1. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO, betreffend die Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben T bis Z, soweit nicht der IV. Senat (Nummer 1 Buchst. b der Zuständigkeit des IV. Senats) oder der VIII. Senat (Nummer 1 Buchst. a der Zuständigkeit des VIII. Senats) zuständig ist.
2. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer), betreffend
  - a) außergewöhnliche Belastungen,
  - b) Tariffragen (§§ 26 bis 26c EStG, § 32a EStG mit Ausnahme von Streitfragen zur verfassungswidrigen Übermaßbesteuerung),
  - c) Altersentlastungsbetrag (§ 24a EStG) und Entlastungsbetrag für Alleinerziehende (§ 24b EStG),
  - d) Kinderbetreuungskosten (§§ 4f, 9, 9a, 10 EStG),  
  
wenn nur diese Fragen streitig sind,
  - e) §§ 31, 32 EStG und Kindergeld (§§ 62 bis 78 EStG).
3. Arbeitnehmervergünstigungen nach dem BerlinFG.
4. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i.S. der Nummer 1.
5. Investitionszulagen.
6. Beförderungsteuer und Straßengüterverkehrssteuer.

## **IV. Senat**

---

1. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO, betreffend
  - a) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft,
  - b) Einkünfte aus gewerblicher Tierzucht oder gewerblicher Tierhaltung.
2. Gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO, betreffend
  - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für alle Personengesellschaften,
  - b) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus gewerblicher Tierzucht oder gewerblicher Tierhaltung für alle Personengesellschaften.
3. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i.S. der Nummern 1 und 2.
4. Gesonderte Teilwertfeststellung gemäß § 55 Abs. 5 EStG i.V.m. § 179 Abs. 1 und 2 AO.

## **V. Senat**

---

Umsatzsteuer, mit Ausnahme der Nummern 1 Buchst. a, 3 Buchst. b, 4 beim VII. Senat.

## VI. Senat

1. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer), betreffend
  - a) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, mit Ausnahme der Nummer 3 beim I. Senat, der Nummer 2 beim IX. Senat, der Nummer 3 beim X. Senat und der Nummer 1 Buchst. d und Nummer 2 beim XI. Senat,
  - b) Sonderausgaben gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG,
  - c) Veranlagung bei Bezug von Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit, soweit ausschließlich die Anwendbarkeit des § 46 EStG streitig ist.
2. Steuerermäßigung gemäß § 35a EStG, wenn nur diese streitig ist.
3. Pauschalierung der Einkommensteuer nach §§ 37a und 37b EStG.
4. Steuerabzug vom Arbeitslohn (Lohnsteuer), mit Ausnahme der Nummer 3 Buchst. b beim VII. Senat und der Nummer 2 beim IX. Senat.
5. Gesonderte Feststellung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit.
6. Bergmannsprämien.
7. Vermögenswirksame Leistungen und Steuerermäßigungen nach den Vermögensbildungsgesetzen.

## VII. Senat

1. Zölle und Verbrauchsteuern (§ 10 Abs. 2 Satz 2 FGO) sowie Marktordnungssachen
  - a) Zölle, andere Einfuhr- und Ausfuhrabgaben (Art. 4 Nrn. 10 und 11 des Zollkodex) einschließlich der im Zusammenhang mit der Einfuhr anfallenden Einfuhrumsatzsteuer und besonderen Verbrauchsteuern, Zolltarif,
  - b) bundesgesetzlich geregelte Verbrauchsteuern (Art. 108 Abs. 1 GG), soweit nicht unter die vorherige Regelung fallend sowie Finanzmonopole,
  - c) Marktordnungssachen (§ 34 MOG).
2. Angelegenheiten nach dem Steuerberatungsgesetz (§ 33 Abs. 1 Nr. 3 FGO).
3. Streitigkeiten aus dem allgemeinen Abgabenrecht und Prozessrecht betreffend
  - a) Steuergeheimnis, wenn nur diese Frage streitig und nicht der I. Senat zuständig ist (Nummer 13 der Zuständigkeit des I. Senats),
  - b) Haftung für Kirchensteuer, Lohnsteuer und Umsatzsteuer, wenn diese nicht auf dem Einzelsteuergesetz beruht und Grund oder Höhe der Steuer nicht streitig ist,
  - c) Aufrechnung, Abtretung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis und Abrechnungsbescheide, wenn nicht zugleich die Steuerfestsetzung streitig ist und nicht der I. Senat zuständig ist (Nummer 2 der Zuständigkeit des I. Senats),
  - d) Verwaltungsakte wegen Zwangsmitteln (§ 328 AO),
  - e) Vollstreckung einschließlich der Zwangsvollstreckung nach der ZPO, ohne Arrestanordnung und Arrestvollziehung, ferner ausgenommen die Aufteilung von Gesamtschulden,
  - f) landesrechtlich geregelte Kosten.
4. Umsatzsteuer, wenn lediglich streitig ist, welcher Nummer des Zolltarifs ein Gegenstand zuzuordnen ist.

## VIII. Senat

---

1. Einkommensteuer, betreffend
  - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen nach § 17 EStG und gesonderte Feststellung dieser Einkünfte gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO,
  - b) Einkünfte aus Kapitalvermögen,
  - c) Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns.
2. Gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO, betreffend Einkünfte aus Kapitalvermögen.
3. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a und b, Abs. 2 AO, betreffend Einkünfte aus selbständiger Arbeit natürlicher Personen und von Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben A bis G.
4. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit den Anfangsbuchstaben A bis G, bei denen die Abgrenzung zwischen Einkünften aus selbständiger Arbeit und Einkünften aus Gewerbebetrieb streitig ist.

## **IX. Senat**

---

1. Einkommensteuer, betreffend
  - a) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung einschließlich der Übergangsregelungen in § 52 Abs. 21 EStG und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO, betreffend Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
  - b) den Vorkostenabzug gemäß § 10i EStG.
2. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer), betreffend Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- oder Nacharbeit gemäß § 3b EStG, wenn nur diese Frage streitig ist.
3. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO betreffend sonstige Einkünfte gemäß § 22 Nr. 2 bis 4 EStG.
4. Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz.
5. Kraftfahrzeugsteuer.
6. Streitigkeiten aus dem allgemeinen Abgabenrecht und Prozessrecht betreffend Kostenansatz und Kostenfestsetzung für gerichtliche Verfahren, soweit nicht nur die Wertberechnung streitig ist, mit Ausnahme der Nichterhebung von Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung gemäß § 8 GKG a.F., § 21 GKG i.d.F. des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes vom 5.5.2004
7. Streitigkeiten, die im Geschäftsverteilungsplan nicht geregelt sind.

## X. Senat

1. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO, betreffend Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben A bis R, soweit nicht der IV. Senat (Nummer 1 Buchst. b der Zuständigkeit des IV. Senats) oder der VIII. Senat (Nummer 1 Buchst. a der Zuständigkeit des VIII. Senats) zuständig ist.
2. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a, Abs. 2 AO betreffend sonstige Einkünfte gemäß § 22 Nr. 1 und Nr. 5 EStG.
3. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer), betreffend
  - a) Sonderausgaben gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 1a EStG,
  - b) Vorsorgeaufwendungen betreffend die Streitsachen der Eingänge beim Bundesfinanzhof ab 2005,
  - c) Abzugsbeträge wie Sonderausgaben (einschließlich gesonderter Feststellungen) gemäß §§ 10e bis 10h EStG, § 7 FördG,
  - d) Steuerermäßigung gemäß § 34f EStG,
  - e) Altersvorsorge und Altersvorsorgezulage gemäß §§ 10a, 79 bis 99 EStG.
4. Steuerermäßigung gemäß §§ 16, 17 BerlinFG, wenn nur diese streitig ist.
5. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i.S. der Nummer 1.
6. Verfassungswidrige Übermaßbesteuerung (Halbteilungsgrundsatz), soweit dies bei der Einkommensteuer oder Gewerbesteuer streitig wird.
7. Wohnungsbau-Prämien.
8. Spar-Prämien.

## **XI. Senat**

1. Einkommensteuer, betreffend
  - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen und gesonderte Feststellung dieser Einkünfte gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b, Abs. 2 AO für Personen mit den Anfangsbuchstaben S und Sch, soweit nicht der IV. Senat (Nummer 1 Buchst. b der Zuständigkeit des IV. Senats) oder der VIII. Senat (Nummer 1 Buchst. a der Zuständigkeit des VIII. Senats) zuständig ist,
  - b) Verlustabzug und gesonderte Feststellung des Verlustabzugs, wenn Fragen des § 10d EStG streitig sind,
  - c) beschränkter Verlustausgleich gemäß § 2 Abs. 3 EStG ab Veranlagungszeitraum 1999, wenn Fragen des § 2 Abs. 3 EStG streitig sind,
  - d) Abfindungen wegen Auflösung des Dienstverhältnisses (§ 3 Nr. 9 EStG) und Entschädigungen i.S. von § 24 Nr. 1 EStG bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit (einschließlich Lohnsteuer), auch soweit daneben noch andere Fragen streitig sind, mit Ausnahme der Zuständigkeit des I. Senats nach Nummer 3,
  - e) sonstige Einkünfte gemäß § 22 Nr. 1a EStG.
2. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer) betreffend
  - a) Sonderausgaben gemäß §§ 10, 10b, 10c EStG, Spendenhaftung gemäß § 10b Abs. 4 EStG, § 9 GewStG, § 9 KStG, mit Ausnahme  
  
der Nummer 1 Buchst. b beim VI. Senat und  
der Nummer 3 Buchst. a und b beim X. Senat,
  - b) Steuerermäßigung gemäß § 34g EStG.
3. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften i.S. der Nummer 1 Buchst. a.
4. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a und b, Abs. 2 AO, betreffend Einkünfte aus selbständiger Arbeit natürlicher Personen und von Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben H bis Z.
5. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit den Anfangsbuchstaben H bis Z, bei denen die Abgrenzung zwischen Einkünften aus selbständiger Arbeit und Einkünften aus Gewerbebetrieb streitig ist.

## **Großer Senat**

---

Fälle des § 11 Abs. 2 und 4 sowie des § 184 Abs. 2 Nr. 5 FGO.

## Ergänzende Regelungen

### I. Übergreifende Zuständigkeiten

1. Ist eine Entscheidung zu mehreren Steuern und/oder Steuerfestsetzungen und/oder gesonderten Feststellungen angefochten, welche nach den vorstehenden Regeln in die Zuständigkeit mehrerer Senate fallen, ist zunächst der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die Sache mit dem höchsten Streitwert fällt. Sind Schätzungen der Umsätze und der Einkünfte zugleich angegriffen, tritt an Stelle des V. Senats zunächst der I., III., IV., VIII., IX., X. oder XI. Senat.
2. Der gemäß Nummer 1 zuständige Senat ist allgemein zuständig für diejenigen Entscheidungen und Verfahrensmaßnahmen, welche aus prozessrechtlichen Gründen nur einheitlich ergehen können, insbesondere für
  - a) die Verwerfung des Rechtsmittels als unzulässig,
  - b) die Zwischenentscheidung über die Zulässigkeit des Rechtsmittels,
  - c) die Entscheidung über den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Rechtsmittelfrist oder der Revisionsbegründungsfrist,
  - d) aufhebende Urteile gemäß § 119 FGO, sofern die Rüge das Urteil im Ganzen erfasst,
  - e) die Entscheidung über die Zulässigkeit der Klage, sofern diese einheitlich erhoben war, sowie im Falle des § 62 Abs. 3 Satz 3 FGO,
  - f) die Entscheidung über den Antrag auf Verlängerung der Revisionsbegründungsfrist.
3. Bei der Zuständigkeit gemäß Nummer 1 verbleibt es, wenn zu den mehreren Steuern oder Steuerfestsetzungen oder gesonderten Feststellungen nur solche Rechtsfragen streitig sind, die einheitlich zu entscheiden sind, oder im Fall der Nummer 1 Satz 2 außer der Schätzung keine andere umsatzsteuerliche Rechtsfrage streitig ist, oder zu der nicht in der allgemeinen Zuständigkeit des gemäß Nummer 1 zuständigen Senats liegenden Steuer nur unzulässige Verfahrensrügen erhoben worden sind.
4. Ist der Rechtsstreit nicht auf Grund einer Entscheidung gemäß der Nummer 2 abgeschlossen und sind die Voraussetzungen übergreifender Zuständigkeit gemäß der Nummer 3 nicht erfüllt, wird durch die Trennung der Verfahren jeweils die Zuständigkeit des nach den allgemeinen Regeln der Geschäftsverteilung zuständigen Senats begründet und entfällt die Zuständigkeit gemäß den Nummern 1 und 2.
5. Für Anträge auf Prozesskostenhilfe zur künftigen Einlegung eines Rechtsmittels oder vor Begründung der Revision verbleibt es bei der Regelung der Nummer 1. Die Regelung der Nummer 4 greift erst ein, wenn nach Antragstellung die Revision zulässig eingelegt und

begründet oder die Beschwerde zulässig eingelegt worden ist und die Verfahren zur Hauptsache getrennt worden sind.

6. Sind mehrere Entscheidungen angefochten, die denselben Steuerpflichtigen betreffen, sind aber zu den mehreren Steuern oder Steuerfestsetzungen oder gesonderten Feststellungen nur materielle Rechtsfragen streitig, über die bei Zulässigkeit des Rechtsmittels einheitlich entschieden werden muss, ist der in Nummer 1 Satz 1 bezeichnete Senat zuständig. Der gemäß Nummer 1 Satz 2 i.V.m. den allgemeinen Regeln der Geschäftsverteilung zuständige Senat ist auch für die Umsatzsteuer zuständig, wenn dem einen angefochtenen Urteil eine Schätzung der Einkünfte, dem anderen eine Schätzung der Umsätze zugrunde liegt, mit beiden Rechtsmitteln die Schätzungen angegriffen wurden, und über keine andere umsatzsteuerrechtliche Frage zu entscheiden ist.
7. Die Zuständigkeit der einzelnen Senate für die ihnen geschäftsverteilungsmäßig zugewiesenen Rechtsgebiete wird nur dann begründet, wenn Fragen aus diesen Rechtsgebieten streitig sind.

## **II. Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem I., III., IV., VI., VIII., IX., X. und XI. Senat**

1. Vorbehaltlich der Zuständigkeit des I. Senats gemäß Teil A Nrn. 2 und 3 Buchst. a bis f und des XI. Senats gemäß Teil A Nr. 1 Buchst. d besteht bei Streitigkeiten mit mehreren Streitpunkten folgende Zuständigkeitsrangfolge (entsprechend der Reihenfolge):

Betrifft ein Streitpunkt

- a) die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus gewerblicher Tierzucht oder gewerblicher Tierhaltung,  
ist der IV. Senat,
- b) die Einkünfte aus selbständiger Arbeit,  
ist der VIII. oder XI. Senat,
- c) die Einkünfte aus Gewerbebetrieb,  
ist der I., III., IV., VIII., X. oder XI. Senat,
- d) die Einkünfte aus Kapitalvermögen oder die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns,  
ist der VIII. Senat,

- e) die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung einschließlich der Übergangsregelungen in § 52 Abs. 21 EStG, den Vorkostenabzug nach § 10i EStG, die sonstigen Einkünfte nach § 22 Nr. 2 bis 4 EStG oder die Eigenheimzulage, ist der IX. Senat,
  - f) die sonstigen Einkünfte gemäß § 22 Nr. 1 und Nr. 5 EStG, die Sonderausgaben gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 1a EStG, die Vorsorgeaufwendungen, die Abzugsbeträge wie Sonderausgaben gemäß §§ 10e bis 10h EStG, § 7 FördG, die Steuerermäßigung gemäß § 34f EStG, §§ 16, 17 BerlinFG oder die Altersvorsorge bzw. die Altersvorsorgezulage gemäß §§ 10a, 79 bis 99 EStG, ist der X. Senat,
  - g) die Einkünfte nach § 22 Nr. 1a EStG, die Sonderausgaben gemäß § 10 (mit Ausnahme des Abs. 1 Nr. 1a und Nr. 7), §§ 10b, 10c EStG, Spendenhaftung gemäß § 10b Abs. 4 EStG, § 9 GewStG, § 9 KStG, den Verlustabzug nach § 10d EStG, den beschränkten Verlustausgleich ab Veranlagungszeitraum 1999 gemäß § 2 Abs. 3 EStG oder die Steuerermäßigung gemäß § 34g EStG, ist der XI. Senat zuständig.
2. Die Zuständigkeitsrangfolge der Nummer 1 gilt entsprechend, wenn die - positive oder negative - Zuordnung von Besteuerungsgrundlagen streitig ist.
  3. Für die Entscheidung im Lohnsteuer-Ermäßigungsverfahren ist der VI. Senat zuständig, wenn die Auslegung des § 39a EStG allein streitig ist. Ist auch die Höhe des einzutragenden Betrags streitig, entscheidet der für die betreffenden Einkünfte jeweils zuständige Senat.
  4. Ergibt sich die Zuständigkeit weder nach den Zuständigkeitsregelungen für Einkommensteuer bei dem I., III., IV., VI., VIII., IX., X. oder XI. Senat, noch nach den vorstehenden Ausnahme- und Abgrenzungsregelungen, so ist der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die überwiegenden streitbefangenen Einkünfte fallen.
  5. Sofern die Geschäftsverteilung in Fällen der gesonderten Feststellung i.S. von § 180 Abs. 1 und 2 AO eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, wird sie wie folgt vorgenommen:
    - a) Trägt die Firmenbezeichnung Familiennamen, so ist immer der erste Buchstabe des ersten Familiennamens maßgebend,
    - b) in den übrigen Fällen ist immer der erste Buchstabe der Firmenbezeichnung maßgebend.
  6. Sofern die Geschäftsverteilung eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, gilt folgendes:

- a) In den Fällen, in denen der Steuerpflichtige verstorben oder in Konkurs gefallen ist oder einen Steuererstattungsanspruch abgetreten hat, richtet sich die Zuständigkeit nach dessen Familiennamen / Firmenbezeichnung und dessen Verhältnissen (vgl. Nummer 3).
  - b) Bei Ehegatten, die Doppelnamen führen oder von denen einer einen Doppelnamen führt bzw. die ihren jeweiligen Geburtsnamen nach der Eheschließung beibehalten und keinen gemeinsamen Ehenamen führen, ist grundsätzlich der Name des Ehegatten maßgeblich, der die streitigen Einkünfte erzielt hat, d.h. bei Doppelnamen der erste des Doppelnamens. Haben beide Ehegatten streitige Einkünfte erzielt, richtet sich die Zuständigkeit nach dem Namen des Ehegatten, dessen Anfangsbuchstabe in der Reihenfolge des Alphabets als früherer genannt ist.
7. In Haftungsfällen richtet sich die Zuständigkeit nach dem Namen des Steuerschuldners, in dessen Person die Steueransprüche entstanden sind.

### **III. Abgabenordnung (AO), Reichsabgabenordnung und Finanzgerichtsordnung (FGO) -einschließlich der jeweiligen Nebengesetze-**

1. Die vorstehenden Zuständigkeitsregelungen betreffen auch alle Nebenverfahren, z.B. die Verfahren über die Nichtzulassungsbeschwerde und den vorläufigen Rechtsschutz (§§ 69, 114 FGO) und auch solche Verfahren, die sich zwar aus dem Hauptverfahren ergeben, mit diesem aber in keinem sachlichen Zusammenhang stehen (z.B. wegen Ordnungsgeld gegen nicht erschienene Zeugen).
2. Vorbehaltlich der Zuständigkeit des VII. und des IX. Senats (Nummer 3 der Zuständigkeit des VII. Senats und Nummer 6 der Zuständigkeit des IX. Senats) entscheiden grundsätzlich die Fachsenate über Fragen der Abgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung. Das gilt auch für Streitsachen über Säumniszuschläge, Verspätungszuschläge, Zinsen und die Streitwertfestsetzung.
3. Streitsachen über die Anordnung und Durchführung einer
  - a) überwiegend Veranlagungssteuern umfassenden Betriebsprüfung bzw. Außenprüfung (§§ 193 ff. AO) entscheidet der zuständige Ertragsteuersenat,
  - b) eine einzelne Steuerart betreffende Prüfung in entsprechender Anwendung der vorstehenden Nummer 2 der für die jeweilige Steuerart zuständige Fachsenat.

## **IV. Übergangsregelungen**

1. Anhängige Streitsachen gehen von dem bisher zuständigen Senat auf den auf Grund der Änderung des Geschäftsverteilungsplans neu zuständig gewordenen Senat in der Verfahrenslage über, in der sie sich befinden. Nach Gerichtsbescheid, Mitteilung nach § 126a FGO (bis 31. Dezember 2000: Art. 1 Nr. 7 BFHEntIG), mündlicher Verhandlung, Vorlage an den Großen Senat, den Gemeinsamen Senat, das Bundesverfassungsgericht, den Europäischen Gerichtshof oder nachdem eine Streitsache Gegenstand einer Beratung im Senat war, tritt keine Änderung der Zuständigkeit mehr ein, es sei denn, der Senat verliert die Zuständigkeit für diesen Rechtsbereich insgesamt.
2. Soweit sich Zuständigkeitsregelungen auf z.Z. geltende Gesetzesvorschriften beziehen, gelten sie auch für die entsprechenden Vorschriften in früher geltenden Gesetzen, wenn in Streitsachen das frühere Recht maßgebend ist.

## **V. Anwendung des Geschäftsverteilungsplans**

Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Senaten über Fragen der Geschäftsverteilung entscheidet das Präsidium.

## B. Besetzung der Senate mit Vertretungsregelung

### I. Senat

**Vorsitzender:** Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof **Prof. Dr. Gosch**

**Regelmäßiger Vertreter:** Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Buciek**

**Weitere Mitglieder:** Richterin am Bundesfinanzhof **Heger**  
Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Brandis**  
Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Märtens**

**Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:** Richterin am Bundesfinanzhof **Prof. Dr. Jachmann**  
für die Richter am Bundesfinanzhof  
Dr. Buciek und  
Dr. Märtens

Richter am Bundesfinanzhof **Wittwer**  
für die Richterin bzw. den Richter am Bundesfinanzhof  
Heger und  
Dr. Brandis

## II. Senat

<b>Vorsitzender:</b>	Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof <b>Dr. Schwakenberg</b> (bis 14.4.2007)  Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof <b>Viskorf</b> (ab 16.4.2007)
<b>Regelmäßiger Vertreter:</b>	Richter am Bundesfinanzhof <b>Viskorf</b> (bis 15.4.2007)  Richter am Bundesfinanzhof <b>Kilches</b> (ab 16.4.2007)
<b>Weitere Mitglieder:</b>	Richter am Bundesfinanzhof <b>Kilches</b> (bis 15.4.2007)  Richter am Bundesfinanzhof <b>Dr. Pahlke</b>  Richter am Bundesfinanzhof <b>Dr. Jüptner</b>  Richter am Bundesfinanzhof <b>Schmid</b>
<b>Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:</b>	Richter am Bundesfinanzhof <b>Dr. Heidner</b>  für die Richter am Bundesfinanzhof  Viskorf (bis 15.4.2007) und  Kilches    Richterin am Bundesfinanzhof <b>Grube</b> (bis 31.5.2007)  Richter am Bundesfinanzhof Dr. <b>Nieuwenhuis</b> (ab 1.6.2007)  für die Richter am Bundesfinanzhof  Dr. Pahlke,  Dr. Jüptner und  Schmid

### III. Senat

- Vorsitzende:** Vorsitzende Richterin am Bundesfinanzhof **Boeker**
- Regelmäßiger Vertreter:** Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Dürr**
- Weitere Mitglieder:** Richter am Bundesfinanzhof **Greite**  
Richterin am Bundesfinanzhof **Grube** (bis 31.5.2007)  
Richter am Bundesfinanzhof **Görke**  
Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Selder** (ab 1.6.2007)
- Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:** Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Jatzke**  
für die Richter bzw. die Richterin am Bundesfinanzhof  
Dr. Dürr,  
Grube (bis 31.5.2007) und  
Dr. Selder (ab 1.6.2007)
- Richterin am Bundesfinanzhof **Meßbacher-Hönsch**  
für die Richter am Bundesfinanzhof  
Greite und  
Görke

## IV. Senat

**Vorsitzender:** Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof **Herden**

**Regelmäßiger Vertreter:** Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Kempermann**

**Weitere Mitglieder:** Richter am Bundesfinanzhof **Wendt**

Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Wacker**

Richter am Bundesfinanzhof **Freiherr von Twickel**

Richter am Bundesfinanzhof **Wittwer**

**Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:** Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Nothnagel**

für die Richter am Bundesfinanzhof

Dr. Kempermann und

Wittwer

Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Märten**

für die Richter am Bundesfinanzhof

Wendt,

Dr. Wacker und

Freiherr von Twickel

## V. Senat

**Vorsitzender:** Vizepräsident des Bundesfinanzhofs **Dr. Wagner**

Regelmäßiger Vertreter: Richterin am Bundesfinanzhof **Dr. Martin**

**Weitere Mitglieder:** Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Lange**  
Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Heidner**  
Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Kronthaler** (bis 31.3.2007)  
Richter am Bundesfinanzhof **Schmid** (1.4.2007 – 31.7.2007)  
Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Nieuwenhuis** (ab 2.5.2007)  
Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Wäger** (ab 1.8.2007)

**Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:** Richter am Bundesfinanzhof **Manz**  
für die Richter am Bundesfinanzhof  
Dr. Heidner,  
Dr. Kronthaler (bis 31.3.2007),  
Dr. Nieuwenhuis (ab 2.5.2007) und  
Dr. Wäger (ab 1.8.2007)  
  
Richter am Bundesfinanzhof **Schmid** (1.1. - 31.3.2007; ab 1.8.2007)  
Richter am Bundesfinanzhof **Manz** (1.4.2007 - 31.7.2007)  
für die Richterin bzw. den Richter am Bundesfinanzhof  
Dr. Martin und  
Dr. Lange

## VI. Senat

**Vorsitzender:** Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof **Prof. Dr. Kanzler**

**Regelmäßiger Vertreter:** Richter am Bundesfinanzhof **Thomas**

**Weitere Mitglieder:** Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Lang**

Richter am Bundesfinanzhof **Eehalt**

Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Bergkemper**

Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Schneider**

Richter am Bundesfinanzhof **Bode** (ab 2.7.2007)

**Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:** Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Jüptner**

für die Richter am Bundesfinanzhof

Thomas,

Eehalt und

Dr. Bergkemper

Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Pahlke**

für die Richter am Bundesfinanzhof

Dr. Lang,

Dr. Schneider und

Bode (ab 2.7.2007)

## VII. Senat

**Vorsitzender:** Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Müller-Eiselt**

**Regelmäßiger Vertreter:** Richter am Bundesfinanzhof **Rüsken**

**Weitere Mitglieder:** Richterin am Bundesfinanzhof **Jäger**  
Richter am Bundesfinanzhof **Krüger**  
Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Jatzke**

**Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:** Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Schneider**  
für den Richter bzw. die Richterin am Bundesfinanzhof  
Rüsken und  
Jäger

Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Kronthaler** (bis 31.3.2007)

Richterin am Bundesfinanzhof **Heger** (ab 1.4.2007)

für die Richter am Bundesfinanzhof

Krüger und

Dr. Jatzke

## VIII. Senat

**Vorsitzende:** Vorsitzende Richterin am Bundesfinanzhof **Ruban**

Regelmäßiger Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof **Steinhauff**

**Weitere Mitglieder:** Richter am Bundesfinanzhof **Prof. Dr. Pezzer**

Richter am Bundesfinanzhof **Moritz**

Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Nothnagel**

**Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:** Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Bergkemper**

für die Richter am Bundesfinanzhof

Steinhauff und

Prof. Dr. Pezzer

Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Brandis**

für die Richter am Bundesfinanzhof

Moritz und

Dr. Nothnagel

## IX. Senat

**Vorsitzender:** Präsident des Bundesfinanzhofs **Dr. h. c. Spindler**

**Regelmäßiger Vertreter:** Richter am Bundesfinanzhof **Thürmer**

**Weitere Mitglieder:** Richter am Bundesfinanzhof **L. Fischer**  
Richter am Bundesfinanzhof **Brandt**  
Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Heuermann**  
Richterin am Bundesfinanzhof **Prof. Dr. Jachmann**

**Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:** Richter am Bundesfinanzhof **Schönfelder**  
für den Richter bzw. die Richterin am Bundesfinanzhof  
Brandt und  
Prof. Dr. Jachmann

Richter am Bundesfinanzhof **Freiherr von Twickel**  
für die Richter am Bundesfinanzhof  
Thürmer,  
L. Fischer und  
Dr. Heuermann

## X. Senat

- Vorsitzender:** Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof **Prof. Dr. P. Fischer**  
(bis 31.5.2007)
- Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof **Prof. Dr. habil. Weber-Grellet** (ab 1.6.2007)
- Regelmäßiger Vertreter:** Richter am Bundesfinanzhof **Prof. Dr. Dötsch**
- Weitere Mitglieder:** Richterin am Bundesfinanzhof **Schuster**
- Richter am Bundesfinanzhof **Schönfelder**
- Richter am Bundesfinanzhof **Manz**
- Richterin am Bundesfinanzhof **Dr. Förster** (ab 2.7.2007)
- Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:** Richter am Bundesfinanzhof **Moritz**  
für die Richter am Bundesfinanzhof  
Prof. Dr. Dötsch und  
Schönfelder
- Richter am Bundesfinanzhof **Krüger**  
für die Richterinnen bzw. den Richter am Bundesfinanzhof  
Schuster,  
Manz und  
Dr. Förster (ab 2.7.2007)

## **XI. Senat**

- Vorsitzende:** Vorsitzende Richterin am Bundesfinanzhof **Völlmeke**
- Regelmäßiger Vertreter:** Richter am Bundesfinanzhof **Prof. Dr. habil. Weber-Grellet**  
(bis 31.5.2007)  
Richterin am Bundesfinanzhof **Dr. Ahmann** (ab 1.6.2007)
- Weitere Mitglieder:** Richterin am Bundesfinanzhof **Dr. Ahmann** (bis 31.5.2007)  
Richter am Bundesfinanzhof **von Eichborn**  
Richterin am Bundesfinanzhof **Grube** (ab 1.6.2007)  
Richterin am Bundesfinanzhof **Meßbacher-Hönsch**
- Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:** Richter am Bundesfinanzhof **Görke**  
für den Richter bzw. die Richterinnen am Bundesfinanzhof  
Prof. Dr. habil. Weber-Grellet (bis 31.5.2007),  
Grube (ab 1.6.2007) und  
Meßbacher-Hönsch
- Richterin am Bundesfinanzhof **Jäger**  
für die Richterin bzw. den Richter am Bundesfinanzhof  
Dr. Ahmann und  
von Eichborn

## Großer Senat

### **Vorsitzender:**

Präsident des Bundesfinanzhofs **Dr. h. c. Spindler**

### **Vertreter:**

Vorsitzende Richterin am Bundesfinanzhof **Boeker**

### **Mitglieder und Vertreter:**

I. Senat: Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof **Prof. Dr. Gosch**

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Buciek**

II. Senat: Richter am Bundesfinanzhof **Kilches**

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof **Viskorf** (bis 15.4.2007)

Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Pahlke** (ab 16.4.2007)

III. Senat: Vorsitzende Richterin am Bundesfinanzhof **Boeker**

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Dürr**

IV. Senat: Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Kempermann**

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof **Wendt**

V. Senat: Richterin am Bundesfinanzhof **Dr. Martin**

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Lange**

VI. Senat: Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof **Prof. Dr. Kanzler**

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof **Thomas**

VII. Senat: Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof **Dr. Müller-Eiselt**

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof **Rüsken**

VIII. Senat: Richter am Bundesfinanzhof **Prof. Dr. Pezzer**

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof **Steinhauff**

IX. Senat: Präsident des Bundesfinanzhofs **Dr. h. c. Spindler**

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof **Thürmer**

X. Senat: Richter am Bundesfinanzhof **Prof. Dr. Dötsch**

Vertreter: Richterin am Bundesfinanzhof **Schuster**

XI. Senat: Richter am Bundesfinanzhof **Prof. Dr. habil. Weber-Grellet** (bis 31.5.2007)

Vorsitzende Richterin am Bundesfinanzhof **Völlmeke** (ab 1.6.2007)

Vertreter: Richterin am Bundesfinanzhof **Dr. Ahmann**

Fallen ein Mitglied und sein Vertreter aus, so tritt ein anderes beisitzendes Mitglied des entsprechenden Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters in den Großen Senat ein.

## **Ergänzende Vertretungs- und Zuständigkeitsregelungen**

1. Soweit ein Richter mehreren Senaten angehört, und von mehreren Senaten gleichzeitig benötigt wird, geht die Anforderung desjenigen Senats vor, der zuerst in diesem Geschäftsverteilungsplan aufgeführt ist.
2. Fehlt bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern bei einer Sitzung ein Richter, so tritt an seine Stelle der an sich für diese Sitzung nicht vorgesehene Richter. Fehlen bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern zwei Richter und ist dadurch der Senat unterbesetzt, so tritt der Vertreter des dienstältesten fehlenden Richters an dessen Stelle.
3. Im Falle der Verhinderung eines regelmäßigen Vertreters tritt der zweite für Mitglieder desselben Senats bestimmte regelmäßige Vertreter für ihn ein. Ein regelmäßiger Vertreter ist auch dann verhindert, wenn er von dem Senat, in dem er Mitglied ist, gleichzeitig zu einer Sitzung außerhalb des regelmäßigen Sitzungstages beansprucht wird.
4. Für den Fall der Verhinderung des Vorsitzenden des Senats und dessen Vertretung durch den regelmäßigen Vertreter gilt dieser als fehlend.
5. Sind so viele Richter eines Senats an der Mitwirkung gehindert, dass einschließlich ihrer geschäftsplanmäßigen Vertreter die nach § 10 Abs. 3 FGO erforderliche Anzahl von Richtern unterschritten wird, so sind anstelle der verhinderten Richter die dem Senat mit der nächst höheren Ordnungsziffer angehörenden Richter am Bundesfinanzhof in der Reihenfolge vom niedrigsten bis zum höchsten Dienstalter nacheinander zur Vertretung berufen. Tritt diese Lage beim XI. Senat ein, sind anstelle der verhinderten Richter die dem I. Senat angehörenden Richter am Bundesfinanzhof in der in Satz 1 beschriebenen Reihenfolge zur Vertretung berufen. Stehen in den Senaten mit der nächst höheren Ordnungsziffer oder im I. Senat keine Richter oder keine ausreichende Anzahl von Richtern zur Mitwirkung in dem vertretungsbedürftigen Senat zur Verfügung, so sind in der in Satz 1 beschriebenen Reihenfolge die Richter am Bundesfinanzhof der Senate mit der dann nächst höheren oder nachfolgenden Ordnungsziffer (in nummernmäßiger Reihenfolge) zur Mitwirkung berufen.
6. Sind alle Mitglieder eines Senats verhindert, so geht die sachliche Zuständigkeit des betroffenen Senats auf den Senat mit der nächst höheren Ordnungsziffer über. Die Sätze 2 und 3 des Absatzes 5 gelten entsprechend.



X. Senat:

Richterin am Bundesfinanzhof **Schuster**

Richter am Bundesfinanzhof **Schönfelder**

XI. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof

**Prof. Dr. habil. Weber-Grellet** (bis 31.5.2007)

Richterin am Bundesfinanzhof **Dr. Ahmann**

(bis 31.5.2007)

Richterin am Bundesfinanzhof **Dr. Ahmann**  
(ab 1.6.2007)

Richter am Bundesfinanzhof **von Eichborn**  
(ab 1.6.2007)

Großer Senat:

Vorsitzende Richterin am Bundesfinanzhof  
**Boeker**

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof  
**Prof. Dr. Gosch**

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof  
**Dr. Müller-Eiselt**

Richter am Bundesfinanzhof

**Prof. Dr. habil. Weber-Grellet** (bis 31.5.2007)

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof  
**Prof. Dr. Kanzler** (ab 1.6.2007)

Ist auch der namentlich benannte Stellvertreter des zu entsendenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters in den Gemeinsamen Senat ein.

#### **D. Auflegung des Geschäftsverteilungsplans**

Der Geschäftsverteilungsplan liegt in der Präsidialgeschäftsstelle des Bundesfinanzhofs zur Einsichtnahme auf (§ 21e Abs. 9 GVG).